

Am 1. Mai gab es nur einen Störer – Olaf Scholz

Anknüpfend an die Beiträge zum diesjährigen 1. Mai in der letzten hlz wollen wir mit folgendem Kommentar die Diskussion über König Olaf, die herrschende Senatspolitik und die verquickte Rolle des DGB fortführen. Sie ist lange überfällig

Wer Olaf zum 1. Mai einlädt, bezieht politisch Stellung...

Wenn der DGB – in der aktuellen politischen Situation – Olaf Scholz einlädt, am 1. Mai an so prominenter Stelle an der DGB-Demonstration und dem anschließenden Fest teilzunehmen, setzt er damit ein eindeutiges politisches Statement.

Wenn Olaf Scholz öffentlich auftritt, dann tritt er als erster Bürgermeister auf, als Repräsentant des Hamburger Senats und seiner Politik. Er steht damit für eine Law-and-Order Politik, für die Anordnung rassistischer Polizeikontrollen, für die Verweigerung des Aufenthalts für Lampedusa in Hamburg nach §23, für das Gutheißen der polizeilichen

Gefahrengebiete, die Vertreibung von Sexarbeiter_innen aus St. Georg und für die Kriminialisierung sozialer Protestbewegungen gegen seine Politik.

Wenn er am 1. Mai neben den Gewerkschaftsspitzen in der ersten Reihe der Demo mitläuft, ergibt sich unweigerlich das Bild, als würde sich die Politik des Senats nahtlos in die Politik des DGB einreihen. Damit positioniert sich der DGB eindeutig auf der Seite des Senats.

... und nimmt eine Eskalation in Kauf

Auf der 1. Mai Demo nehmen neben den DGB-Gewerkschaften traditionell verschiedenste linke/gesellschaftskritische Or-

ganisationen und Gruppierungen teil. Viele von ihnen protestie-



1. Mai 2014 - historisch einmaliger Vorgang -

Was wir so machen...

Im Folgenden ein Überblick über unsere Schwerpunktthemen im letzten Halbjahr. Weitere Aktivitäten und Ankündigungen der GEW Studis findest du auf www.gewstudis.blogspot.de und auf facebook.

Im Wintersemester organisierten wir mit anderen Gruppen eine Veranstaltungsreihe „Neue Rechte oder alter Konservatismus?“, die sich kritisch mit studentischen Verbindungen und der Neuen Rechten auseinandersetzte. Es wurde versucht, über Personen und Strukturen der Neuen Rechten an der Uni und in Hamburg aufzuklären, sowie deren ideologische Hintergründe, historische Bezüge und Kontinuitäten sichtbar zu machen. Auf Grund der durchweg positiven Resonanz der Reihe planen wir für

den Winter 2014/15 eine Fortführung.

Des Weiteren haben wir das Thema Lehrer_innenbildung auf der Tagesordnung. Diesbezüglich haben wir uns lokal – mit PR_innen, Refs und Schülerrat_innen – sowie überregional mit GEW-Jugend aus Norddeutschland vernetzt. Für das kommende Wintersemester ist eine Infobroschüre geplant, die die Studierenden über den Vorbereitungsdienst informieren und Möglichkeiten der Organisation anbieten soll. Eventuell wird die Veröffentlichung der Broschüre von einer Veranstaltung begleitet.

Nach wie vor setzen wir uns für Arbeiterlaubnis und Bleiberecht für die Gruppe Lampedusa in Hamburg ein. Darüber hinaus versuchen wir, einen rassistuskritischen Diskurs auch innerhalb der Gewerkschaft auszuweiten. Im Frühjahr 2014 ist dazu unser Artikel in der hlz und der read.me zum Re-

ren seit mehreren Monaten gegen die ausgrenzende Politik des Hamburger Senats. Auch Teile der Gruppe ‚Lampedusa in Hamburg‘ sowie Unterstützer_innen waren dieses Jahr mit auf der Straße. Wenn eine solche Demo am Kampftag der Arbeitnehmer_innen unter dem Slogan der internationalen/transnationalen Solidarität ausgerechnet von Olaf Scholz mit angeführt wird, zeigt der DGB nicht nur, auf welcher Seite er steht, sondern muss auch damit rechnen, dass es zu Protesten kommt. Schließlich kommt es bei öffentlichen

Auftritten des Bürgermeisters seit Monaten zu Protestaktionen.

Das Polizeispalier an der De-mospitze sowie die polizeiliche Absperrung des Gewerkschaftshauses sind – wenn wir es gut meinen – Folge der Naivität der DGB Führung oder Ausdruck dessen, dass dem DGB der Schulterchluss mit der SPD wichtiger ist als die Teilnahme der eigenen Jugend und anderer Interessierter auf dem DGB-Fest.

Aber er ist doch Gewerkschaftsmitglied...

Wenn ein Gewerkschaftsmitglied (NGG und ver.di) wie Olaf Scholz eine 1. Mai Demo für seine politischen Zwecke instrumentalisiert (er twitterte von der „gemeinsamen Demo von SPD und DGB“) und eine Eskalation aufgrund seines Auftretens billigend in Kauf nimmt (um im Gewerkschaftshaus ein Selbstportrait zu schießen und dann abziehen), handelt dieser Mensch in höchstem Maße un-solidarisch und gegen die Interessen „seiner“ Gewerkschaften.

Wir fordern den DGB auf

- mit der Anbiederung an die SPD Schluss zu machen und sich

der herrschenden Senatspolitik kritisch entgegenzustellen: Keine Parteipolitik in den vorderen Reihen der DGB-Demo am 1. Mai,

- sich klar und deutlich für eine solidarische gewerkschaftliche Organisation einzusetzen, die nicht vom Pass abhängig gemacht wird

- und einen tatkräftigen Einsatz für Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis für die Gewerkschaftsmitglieder der Gruppe Lampedusa in Hamburg. Denn diese sind notwendige Grundlage, um die Interessen der Gruppe und aller anderen angemessen zu vertreten.

GEW STUDIS

Dieser Beitrag hat in der Redaktion zu heftigen Diskussionen geführt, mit dem Ergebnis, dass wir ihn nicht in Gänze abdrucken. Einmal mehr möchten wir deshalb anmerken, dass die in den von uns veröffentlichten Beiträgen vertretenen Auffassungen nicht zwingend die Meinung der Redaktion wiedergeben.

JG



Gewerkschaftshaus unter Polizeischutz

fugee-Schulstreik in Hamburg erschienen. Zudem sind wir Teil des die Gewerkschaftsjugend übergreifenden Projektes ‚Migration und Gewerkschaften‘, das die Rolle und die Verantwortung von Gewerkschaften in der Migrationsgesellschaft thematisiert. Hierzu beteiligten wir uns an der Organisation von Diskussionsveranstaltungen und am Jugendblock der Großparade von Lampedusa in Hamburg.

Als Antwort auf die repressive Senatspolitik gegenüber Lampedusa in Hamburg, Rote Flora und Esso Häuser sowie die Kriminalisierung der sozialen Protestbewegung unterstützten wir die Demonstration „Ausnahmezustand stoppen! Politische Konflikte politisch lösen!“. Gemeinsam mit der DGB Jugend kritisierten wir in einer Stellungnahme die herrschende Senatspolitik sowie die Rolle der Polizei und der Polizeigewerkschaften. Zukünftig wol-

len wir uns damit auseinandersetzen, welche Bedeutung polizeilich eingerichtete Gefahrengebiete auch für uns als Gewerkschaften, z.B. bei Demonstrationen und Streiks haben können.

Am 1. Mai organisierten wir gemeinsam mit dem Rise Up!-Bündnis im Rahmen einer alternativen Abschlusskundgebung der DGB-Demonstration eine Open-Air-Talkshow zum Politischen Streik in Europa und Deutschland. Eingeladen war u.a. Miguel Sanz Alcantrara von der andalusischen Basisgewerkschaft SaT. Der Kommentar zum 1. Mai in der vorliegenden hlz ist unser Beitrag zur dringend erforderlichen Diskussion über den gewerkschaftlichen Umgang mit der SPD sowie deren repressiver Law-and-Order-Politik.

